

N I E D E R S C H R I F T

zur 15. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011

am Donnerstag, den 08.11.2007.

Sitzungsbeginn: 20:10 Uhr

Sitzungsende: 22:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Heike Sauer, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

SPD-Fraktion

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Kurt Barth (ab 20:15 Uhr), Doris Knobloch, Siegfried Koch, Barbara Muzzolini, Lothar Potthoff, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Ansgar Kraiker (ab 20:25 Uhr)

FDP-Fraktion

Gunter Heuser, Christian Fischer

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün, Winfried Laucht

Entschuldigt:

Von der SPD-Fraktion

Werner Knobloch, Tanja Kraft, Hans-Herbert Pletsch

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Reinhard Ahrens

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Volker Muth, Stefan Bug (I.Beigeordneter), Rainer Tägl, Karl-Heinz Kraft, Kurt Wenz, Svenja Bierl, Helge Fuhr, Dagmar Kemmerling, Frank Dieffenbach, Reinhard Karber

Es fehlte:

Helmut Wenz

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

2. **Niederschrift Nr. 14 vom 13.09.2007**
3. **Einführung und Verpflichtung eines nachrückenden Beigeordneten;
hier: Herr Otto Weimar, Im Wiesengrund 22, OT Roth
10/47/2007/06-11**
4. **Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;
Bericht des Bürgermeisters**
5. **I. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2007
20/21/2007/06-11**
6. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.02.2007 bezüglich der
Einführung eines Rauch- und Alkoholverbotes in den Jugendräumen der
Gemeinde
50/22/2007/01-06**
7. **Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2007 auf Vorlage eines Gesamtkonzeptes
zur kommunalen Jugendarbeit durch den Gemeindevorstand
11/48/2007/06-11**
8. **Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2007 zur wiederkehrenden Vorlage eines
Jahresberichtes der kommunalen Jugendarbeit des abgelaufenen Jahres
durch den Gemeindevorstand
11/49/2007/06-11**
9. **Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2007 zum Kinder- und Jugendbeirat
10/38/2007/06-11**
10. **Einziehung von öffentlichen Wegen
60/15/2007/06-11**
11. **Bau eines Lebensmittelmarktes in Weimar (Lahn) OT Niederweimar
00/42/2007/06-11**
12. **B 3a;
hier: Berme zwischen Wolfshausen und neuer Lahnbrücke
30/11/2007/06-11**
13. **Änderung der Abfallsatzung und/oder Erweiterung des gemeindlichen
Angebotes zur Abfallverwertung
Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2006 auf Prüfung, ob zweimal jährlich
eine kostenfreie Astschnittabfuhr eingerichtet werden kann und
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2006 hinsichtlich der Änderung der
Abfallsatzung
60/9/2006/06-11**
14. **Übergabe der innerörtlichen gemeindlichen Abwasseranlagen an den
Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke
00/39/2007/06-11**
15. **Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 25.10.2007 zum
Kindergartenneubau im OT Niederweimar;
1. Vorstellung der veränderten Planung
2. Vorlage der Kostenschätzung
11/73/2007/06-11**
16. **Aufhebung des Sperrvermerkes zur Haushaltsstelle "Kindergarten
Niederweimar"
20/20/2007/06-11**

17. Anfragen**18. Verschiedenes****Inhalt der Verhandlungen:****1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20:10 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung. Er begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Schriftführerin und die Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 31 Mitgliedern der Gemeindevertretung waren zunächst 25 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Folgenden Mitgliedern der Gemeindevertretung bzw. des Gemeindevorstandes gratulierte der Vorsitzende nachträglich zum Geburtstag:

Stefan Bug, Rainer Pfeffer, Helle Grün, Reinhard Ahrens, Frank Dieffenbach, Barbara Muzzolini, Kurt Barth, Dagmar Kemmerling.

Der Vorsitzende berichtete, dass Herr Dr.Olaf Stiller (FDP) sein Mandat im Parlament niedergelegt habe. Für ihn sei Herr Christian Fischer aus dem Ortsteil Kehna nachgerückt. Er begrüßte Herrn Fischer, verbunden mit dem Wunsch auf gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende gab bekannt, dass Gemeindevertreter Lothar Potthoff eine schriftliche Stellungnahme abgegeben habe zu den Vorwürfen, die ihm von Seiten der Bürgerinitiative Roth bezüglich des Baugebietes „Unterm Hundsrück“ entgegen gebracht wurden. Das Schreiben des Herrn Potthoff habe der Vorsitzende an die Fraktionen weitergegeben.

Herr Hoß nahm Stellung zu den Vorhaltungen und erklärte, dass es zu keiner Zeit, auch nicht zu Beginn der Beratungen über dieses Baugebiet, Einflussnahme bzw. Unregelmäßigkeiten dahin gegeben habe, dass Gemeindevertreter Potthoff an verschiedenen Abstimmungen hätte nicht teilnehmen dürfen. Zu Beginn der Beratungen in dem Gemeindeparkament aus den vergangenen Jahren sei Herr Potthoff darüber hinaus nicht Mitglied in der Gemeindevertretung gewesen.

Der Vorsitzende wies die Vorhaltungen hinsichtlich einer Rechtsbeugung entschieden zurück.

In der letzten Gemeindevertretersitzung, so Herr Hoß, habe man auf Anregung des Herrn Lothar Potthoff bei anderen Kommunen nachgefragt bezüglich der Handhabung und Veröffentlichung der Gemeindevertreterprotokolle. Eine Aufstellung habe er den Fraktionsvorsitzenden verteilt. Er schlage vor, das Thema in der nächsten Haupt- Finanz-, und Wirtschaftsausschuss-Sitzung zu beraten und bat den Vorsitzenden, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten HFWA-Sitzung zu nehmen.

Der Vorsitzende bat, die Niederschrift Nr. 13 vom 28.06.2007 bei Top.9 a das Wort „Wenkbach“ zu streichen und durch „Niederwalgern“ zu ersetzen.

2. Niederschrift Nr. 14 vom 13.09.2007**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Niederschrift Nr. 14 der Sitzung der Gemeindevertretung vom 13.09.2007 in der vorliegenden Fassung.

Beratungsergebnis: 23 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

**3. Einführung und Verpflichtung eines nachrückenden Beigeordneten;
hier: Herr Otto Weimar, Im Wiesengrund 22, OT Roth**

Drucksache: 10/47/2007/06-11

Der Vorsitzende berichtete, dass für den am 05.09.2007 verstorbenen Gerhard Baier, der Mitglied des Gemeindevorstandes war, ein nachrückender Beigeordneter eingeführt und verpflichtet werden solle. Die Unterzeichner des Wahlvorschlages hätten mitgeteilt, dass Herr Otto Weimar, Im Wiesengrund 22, OT Roth, als nachrückender Beigeordneter ernannt werden solle.

Es erfolgte sodann die Überreichung der Ernennungsurkunde durch Herrn Bürgermeister Muth sowie die Einführung und Verpflichtung durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

Beide gratulierten Herrn Otto Weimar und freuten sich auf eine künftige konstruktive Zusammenarbeit.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**4. Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;
Bericht des Bürgermeisters**

- a) Beschluss über einen zusätzlichen Ausbildungsplatz in der Verwaltung zum Ausbildungsbeginn 2008.
- b) Beschluss, die neuen Ausbildungsförderungsrichtlinien des Landkreises Marburg-Biedenkopf bis auf Widerruf anzuwenden.
- c) Beschluss über das vereinfachte Umlegungsverfahren sowie die Benennung der Straßenbezeichnung für das Baugebiet „Große Hohl“ im OT Niederwalgern, Straßenbezeichnung nun: „Auf der großen Hohl“.
- d) Beschluss über die Auftragsvergabe der Abbrucharbeiten des Kindergartens Niederweimar in Höhe von 29.523,90 €.
- e) Beschluss über die Auftragsvergabe für die Rohbauarbeiten des Kindergartens Niederweimar in Höhe von 289.035,77 €.
- f) Beschluss über die Auftragsvergabe für die Dachdecker- und Klempnerarbeiten am Kindergarten Niederweimar in Höhe von 74.848,36 €.
- g) Beschluss über die Vergabe der Zustimmung über die Beauftragung der Erschließungsplanung für das Baugebiet „Am roten Weg“, Niederweimar, gem. Honorarvorschlag in Höhe von 136.401,95 €.
- h) Beschluss über die überplanmäßige Ausgabe zur Unterhaltung der Jugendräume in Höhe von 800,-- €.
- i) Beschluss über die Auftragsvergabe für die Zimmerarbeiten des Kindergartens Niederweimar in Höhe von 66.033,40 €.
- j) Beschluss über die Kanalsanierung der Zustandsklassen 0 und 1 in Niederwalgern in Höhe von 16.094,56 €.

- k) Beschluss, den I.Nachtrag zur Haushaltssatzung 2007 mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung vorzulegen.
- l) Beschluss, das Konzept der Jugendpflege an die Gemeindevertretung weiterzuleiten.
- m) Beschluss von überplanmäßigen Ausgaben für Personalausweisvordrucke in Höhe von 3.000,-- €.
- n) Beschluss, der Hess. Landgesellschaft den kostendeckenden Kaufpreis für die zu veräußernden Baugrundstücke im Baugebiet „Große Hohl“ auf 115,--€ pro m² festzusetzen.
- o) Beschluss, dem Vorschlag des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen bzgl. der Berme zwischen Wolfshausen und neuer Lahnbrücke zu entsprechen. Voraussetzung für die Zustimmung ist die Errichtung eines geteerten Fahrradweges zwischen Wolfshausen und Argenstein im Bereich der Lahnaue, ggf. auch unter Einbeziehung der neuen Kreisstraße (K42).
- p) Beschluss der Gemeindevertretung zu empfehlen, den vorhandenen Sperrvermerk zur Haushaltsstelle „Kindergarten Niederweimar“ aufzuheben.
- q) Beschluss, mit dem Projektbüro Kind und Rausch, Fulda, einen Beratungsvertrag bzgl. der Dorferneuerung Allna abzuschließen.
- r) Beschluss über die Auftragsvergabe der Elektroinstallation im Kindergarten Niederweimar in Höhe von 101.777,55 €.
- s) Beschluss über die Auftragsvergabe der Heizungsarbeiten (LOS 1) in Höhe von 76.744,85 € sowie der Sanitärarbeiten (LOS 2) im Kindergarten Niederweimar in Höhe von 50.620,14 €.

5. I. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2007

Drucksache: 20/21/2007/06-11

Bürgermeister Muth stellte den I.Nachtrag zur Haushaltssatzung 2007 vor.

Er wies auf die wesentlichsten Änderungen hin und teilte mit, dass im Verwaltungshaushalt mit Mehreinnahmen der Konzessionsabgabe für Strom und Erdgas von etwa 45.000,-- € zu rechnen sei. 30.000,--€ stünden bei der Gewerbesteuer an sowie ein höherer Einnahmeanteil an der Einkommensteuer von 167.700,--€. Des Weiteren eine vorläufige Mehrzuteilung der Schlüsselzuweisung in Höhe 262.300,--€. Dem stünden allerdings Belastungen durch die Kreis- und Schulumlage in Höhe von 144.400,--€ gegenüber.

Die Ausgaben im Vermögenshaushalt verändern sich durch die Anschaffung eines zweiten Rüstsatzes in Höhe von 20.000,--€ und den Erwerb von Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Wenkbach mit einer Summe von 300.000,--€ sowie die Planung und den Ausbau von Erschließungsanlagen im Gewerbegebiet in Höhe von 340.000,--€. Darüber hinaus seien für die Hochwasserschutzmauer in Argenstein zusätzliche Baukosten in Höhe von 35.000,--€ vorgesehen.

Durch den Verkauf von Gewerbeflächen erhöhe sich die Einnahmeseite im Vermögenshaushalt um 450.000,--€, die erhöhte Investitionspauschale betrage 17.000,--€. Darüber hinaus habe man das ausgesonderte Feuerwehrfahrzeug von Niederweimar verkauft und dafür einen Betrag von 12.700,--€ erhalten.

Durch die Veränderungen, so Bürgermeister Muth, sei eine erhöhte Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 145.900,--€ möglich, welches eine Verringerung der Kreditaufnahme von 2.015.800,--€ um 134.800,--€ auf somit 1.881.000,--€ möglich mache.

Hans J.Heuser (FBW) stellte den Antrag auf Überweisung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf des I. Nachtrags zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan) zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.02.2007 bezüglich der Einführung eines Rauch- und Alkoholverbotes in den Jugendräumen der Gemeinde

Drucksache: 50/22/2007/01-06

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete, dass die Angelegenheit bereits in mehreren Ausschüssen intensiv diskutiert und beraten wurde. Nach ihrer Meinung habe es eine Befragung bei den Jugendlichen geben sollen, die allerdings nach ihrer Kenntnis nicht durchgeführt wurde.

Der Ausschuss habe sich mit einer Gegenstimme dafür ausgesprochen, den Antrag abzulehnen.

Als Antragstellerin erklärte Frau Schneider, dass ihre Fraktion es bedauere, dass dem Antrag nicht entsprochen wurde.

Bezüglich des Themas „Rauchen“ sei der Antrag inzwischen von der Gesetzeslage überholt worden, so dass hier kein Handlungsbedarf mehr bestehe.

Ihre Fraktion bedauere allerdings die Ablehnung des Antrages hinsichtlich des Alkoholverbotes in den Jugendräumen, da es bei Berichten über Drogen, Flatrate-Partys und Koma-Saufen die falsche Botschaft sei, in Jugendräumen Alkohol nicht zu verbieten. Ihre Fraktion denke nicht, dass man mit einem Alkoholverbot Jugendliche davon abhalte, in die Jugendclubs zu gehen. Sollte dies so sein, wäre das ein schlechtes Aushängeschild für die Jugendarbeit der Gemeinde.

Intention ihres Antrages sei gewesen, so Frau Schneider, nicht nur ein isoliertes Alkoholverbot auszusprechen, sondern dies mit flankierenden Maßnahmen, sprich Beratungen u.d.g., einhergehen zu lassen. Sie hoffe, dass die Gemeinde ihre Verantwortung ernst nehme und ein Auge auf das Thema habe sowie entsprechende Präventionsarbeit leiste.

Die zuständige Sachbearbeiterin beim Kreis unterstütze die Gemeinde diesbezüglich sicherlich gerne. Ihre Fraktion bat dringend, diese Hilfestellung anzunehmen und zusammen mit der Jugendpflege aufklärende Arbeit zu leisten.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung führte ergänzend aus, dass eine Ablehnung des Antrages nicht für die Jugendlichen ein Freibrief für den Konsum

von Alkohol bedeute. Auch im Ausschuss sei klar geworden, dass die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes ernst genommen und natürlich auch in den Jugendräumen hinsichtlich des Alkoholgenusses angewendet werden sollen.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Schneider, bat, über ihren Antrag im Parlament abstimmen zu lassen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt: In allen Jugendräumen der Gemeinde Weimar (Lahn) darf grundsätzlich nicht geraucht werden. Ebenfalls ist der Konsum von alkoholischen Getränken verboten.“

Beratungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 23 Neinstimmen, 2 Stimmenthaltungen
Damit ist der Antrag abgelehnt.

7. Antrag des CDU-Fraktion vom 07.05.2007 auf Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur kommunalen Jugendarbeit durch den Gemeindevorstand

Drucksache: 11/48/2007/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses legte noch einmal dar, was Inhalt des CDU-Antrages war.

Über den vorliegenden Entwurf sei im Ausschuss diskutiert, allerdings bisher nicht abgestimmt worden. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Jost-Hendrik Kisslinger und der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, wiesen ergänzend darauf hin, dass der Jugendpfleger im Ausschuss bereits einen Entwurf vorgelegt habe, der bisher nur in Grundgedanken diskutiert wurde. Die Angelegenheit bzw. der Antrag werde daher erneut in der nächsten Ausschusssitzung beraten.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

8. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2007 zur wiederkehrenden Vorlage eines Jahresberichtes der kommunalen Jugendarbeit des abgelaufenen Jahres durch den Gemeindevorstand

Drucksache: 11/49/2007/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Lydia Schneider, gab noch einmal den Wortlaut des CDU-Antrages wieder. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Annahme dieses Antrages.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, jährlich während des ersten Quartals einen Jahresbericht der kommunalen Jugendarbeit des jeweils abgelaufenen Jahres vorzulegen.
2. Der Bericht für 2006 ist bis zur Sommerpause vorzulegen, wobei, so Frau Schneider, dies bereits erledigt sei.
3. Die Berichte sollen, wie auch in der Gesamtkonzeption genannt, vor allem

Auskunft geben über die pädagogischen Ansätze in der Jugendarbeit, die Häufigkeit der Begleitung Jugendlicher zu Behörden, die Maßnahmen zur Hilfestellung für Jugendliche bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und die Maßnahmen zur Integration von behinderten Jugendlichen. Außerdem soll jeweils eine Übersicht gegeben werden über die erstellten Internetseiten für Jugendabteilungen der Vereine. Die etwaigen Schließungszeiten der Jugendclubs sind aufzuführen und zu begründen. Schließlich ist Stellung zu nehmen zur Situation des Kinder- und Jugendbeirates und zur Teilhabe im Sinne der §§ 4c und 8c HGO.“

Beratungsergebnis: Einstimmig

9. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.05.2007 zum Kinder- und Jugendbeirat

Drucksache: 10/38/2007/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, gab noch einmal den Wortlaut des Antrages der CDU-Fraktion bekannt.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Annahme des Antrages in der vorliegenden Fassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Jost-Hendrik Kisslinger erklärte, dass im Ausschuss auch darüber beraten und eine entsprechende Empfehlung ergangen sei, einen Kinder- und Jugendbeirat mit einem festen Stamm, wobei Näheres noch zu erklären sei, einzurichten und eine projektbezogene Beteiligung der Jugendlichen zu ermöglichen. Diese im Ausschuss diskutierten neuen Ergebnisse sollen in das Gesamtkonzept der Jugendpflege eingearbeitet werden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung wird die CDU-Fraktion den Antrag so formulieren, wie er im Ausschuss mehrheitlich erstellt wurde. Eine abschließende Beratung solle dann in der nächsten Parlamentssitzung erfolgen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

10. Einziehung von öffentlichen Wegen

Drucksache: 60/15/2007/06-11

Die Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses sowie des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses berichteten, dass sie der Gemeindevertretung die in der Vorlage vorgesehene Beschlussfassung empfehlen.

Bei den genannten Feldwegen handele es sich um Sackgassenwege. Ein naturschutzrechtlicher Ausgleich sei bereits geschaffen worden. Bei Auflösung der Pachtverhältnisse habe der Pächter sich gegenüber dem Eigentümer verpflichtet, die Wege wieder herzustellen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den Einzug der Feldwege in der Gemarkung Oberweimar, Flur 3, Flurstück 78, bis zum Grundstück Becker und Flurstück 69 ganz.

Beratungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

11. Bau eines Lebensmittelmarktes in Weimar (Lahn) OT Niederweimar

Drucksache: 00/42/2007/06-11

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Reiner Sauer, berichtete von den Beratungen im Ausschuss.

Laut der Oberen Planungsbehörde, so Herr Sauer, sei die Ansiedlung eines Vollsortimenters ausgeschlossen. Allerdings könne z.B. ein Getränkemarkt, Metzger, Bäcker oder Drogerie möglich sein. Die Ansiedlung eines Discounters, wie z.B. Penny, müsse über einen Abweichungsantrag über die Regionalversammlung geklärt werden. Laut Planer, so Herr Sauer weiter, trage der Investor alle Kosten für den Abweichungsantrag und alle anfallenden Gebühren. Außerdem liege von dem Edeka-Getränkemarkt und der Metzgerei Riechel eine Absichtserklärung vor für die Einbringung in einen solchen Markt. Mit dem Abweichungsantrag werde der Spielraum für die Gewerbeansiedlung geklärt, danach könne über konkrete Projekte entschieden werden.

Zielsetzung der Ansiedlung, so Herr Sauer weiter, sei, die Kaufkraft der Gemeinde zu erhalten und kurze Wege für die Versorgung zu gewährleisten.

Ein Vertreter der Edeka-Hessen habe erklärt, dass eine notwendige Erweiterung an dem jetzigen Standort nicht möglich sei.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschlussfassung folgenden Vorschlags:

Die Gemeindevertretung solle beschließen, einen Abweichungsantrag zur Ansiedlung weiterer Gewerbetreibenden beim Regierungspräsidium Gießen einzureichen, um Klarheit darüber zu erlangen, ob und ggf. welches Gewerbe zusätzlich dort angesiedelt werden könnte. Die Kosten des Abweichungsverfahrens sind vom Investor zu tragen“.

Danach berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, über die Beratungen in diesem Gremium. Herr Steiß erklärte, dass Grundlage der Beratungen der Beschluss des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses gewesen sei.

Es sei zusätzlich darüber diskutiert worden, ob etwaige hohe Kosten für notwendig werdende Infrastrukturmaßnahmen tatsächlich übernommen werden. Auch eine mögliche Umsiedlung des jetzigen Getränkemarktes im Haddamshäuser Weg sei diskutiert worden. Er sei darauf hingewiesen worden, dass zunächst durch einen Abweichungsantrag geklärt werden solle, welche Planungen überhaupt möglich seien.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfehle dem Parlament die gleiche Beschlussfassung des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass sich ihre Fraktion gegen die Errichtung eines neuen Marktes am genannten Standort ausspreche. Inzwischen sei innerhalb des Antrages eine gewisse Modifizierung erfolgt. Habe man zunächst von der Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes gesprochen, gehe man jetzt von einer Umsiedlung des Getränkemarktes oder einer Drogerie aus. Ihre Fraktion könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt den geplanten Maßnahmen nicht zustimmen und werde auch einem zu beantragenden Abweichungsverfahren die Zustimmung nicht erteilen.

Herr Winfried Laucht (FBW) erklärte, dass das Angebot zur Erweiterung der Einkaufsmöglichkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen von seiner Fraktion

grundsätzlich unterstützt werde. Seine Fraktion stelle sich die Frage, ob die Ansiedlung dieses Marktes an diesem Standort sinnvoll sei. Die Gemeinde habe für eine sinnvolle Siedlungsentwicklung in allen Ortsteilen zu sorgen, daher könne nach Meinung seiner Fraktion die Entwicklung nicht von Investoren bestimmt werden. Es sei weiterhin ökologisch unsinnig, am Ortsrand Niederweimar in Richtung Gisselberg weitere Baumaßnahmen vorzunehmen, da hier der einzige, noch intakte Grünbereich vorhanden sei. Seine Fraktion fürchte weiterhin, dass nach erfolgtem Lückenschluss und der zugesagten zeitgleichen Fertigstellung der Ortsumgehung von Ober- und Niederweimar, der komplette Verkehr südlich und westlich an Niederweimar vorbeigeführt werde.

Das führe dazu, dass zukünftig der komplette Verkehr, der von Süden oder Westen nach Niederweimar hereingeholt, natürlich auch wieder abgeführt werde. Das bedeute, dass die Hauptentlastung für diesen Ortsteil nicht eintrete.

Der Einzelhandelsverband habe in einer Stellungnahme die Befürchtungen seiner Fraktion bestätigt und sehe darüber hinaus eine Gefährdung der vorhandenen Arbeitsplätze anstatt der Sicherung. Das werde damit begründet, dass der Konkurrenzkampf im Lebensmittelbereich steige bei nicht mehr wachsender Bevölkerung, was wiederum eine Vernichtung von Angeboten zur Folge habe. Die Kostenübernahme erscheine nur auf den ersten Blick schön.

Seine Fraktion sehe in der angebotenen Kostenübernahme durch den Investor eine Beeinflussung des Handlungsspielraumes der Parlamentarier.

Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass es jetzt an der Zeit sei, nein zu den Planungen zu sagen, da späterhin eine Einflussnahme nicht mehr möglich sei.

Herr Stephan Wenz (SPD) erklärte, dass der Investor deutlich gemacht habe, dass er das Risiko eingehe, nach übernommenen Kosten nicht die geplante Maßnahme durchführen zu können. Darüber hinaus weise er eine mögliche Beeinflussung des Parlamentes durch den Investor zurück. Es gehe darum, dass im Vorfeld noch weitere offene Fragen geklärt werden, und diese Möglichkeit solle durch einen entsprechenden Abweichungsantrag geklärt werden. Seine Fraktion werde daher dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Herr Lothar Potthoff (SPD) stellte an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung die Frage, ob aufgrund des ursprünglichen Antrages „Bau eines Lebensmittelmarktes“ nunmehr über etwas ganz anderes beschlossen werde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, meinte, dass die Angelegenheit inhaltlich trotz der Überschrift weiterso erarbeitet wurde und über die Empfehlungen der Ausschüsse abgestimmt werden sollte.

Dr. Christian Dittrich (CDU) und Kurt Barth (SPD) vertraten ebenfalls die Meinung, dass unabhängig von der Überschrift über das Thema in den Ausschüssen diskutiert wurde und jetzt auch eine Abstimmung erfolgen solle, da mit der Abstimmung über die Beantragung eines Abweichungsverfahrens die bis dahin noch unklaren Punkte einer Klärung zugeführt werden sollen. Anderenfalls werde der Gemeinde von vornherein die Möglichkeit genommen, eine Siedlungserweiterung herbeizuführen und Einnahmemöglichkeiten für die Kommune zu schaffen.

Lothar Potthoff (SPD) vertrat die Meinung, dass erheblich über das hinaus beraten und diskutiert wurde, was ursprünglich Vorgabe war.

Jetzt solle geprüft werden, ob und welches Gewerbe angesiedelt werden könne. Über diesen Antrag bat er, abstimmen zu lassen.

Zuvor erklärte Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU), dass seine Fraktion auch die Meinung vertrete, dass zunächst einmal geklärt werden solle, ob und was in Sachen Gewerbeansiedlung möglich sei und den Investor die Kosten für dieses Verfahren übernehmen zu lassen.

Bürgermeister Muth führte aus, dass man sicherlich über Siedlungsentwicklung kontrovers diskutieren könne. Er widersprach der Aussage von Gemeindevertreter Laucht, dass, wenn die Entscheidung über den Abweichungsantrag vom RP zurück käme, die Gemeinde keine Handlungsfähigkeit mehr habe. Das Gegenteil sei der Fall. Die Gemeindevertretung sei zu jeder Zeit Herr des Verfahrens. Sicherlich sei es so, dass nach Fertigstellung der Ortsumgehung Niederweimar weniger Verkehr durch den Ortsteil fließe. Dies träfe allerdings auch die bereits ansässigen Gewerbebetriebe.

Trotz der Stellungnahme des Einzelhandelsverbandes, so Bürgermeister Muth, sei es so, dass Investoren nach marktstrategischen Gesichtspunkten vorgehen.

Im Vorfeld zu diesem Tagesordnungspunkt seien bereits Gespräche geführt worden mit dem Ziel, beispielsweise Gewerbetreibende im Lebensmittelbereich in anderen Ortsteilen anzusiedeln. Die Verhandlungspartner hätten aber jeweils signalisiert, dass der einzig interessante Standort neben dem Aldi-Markt sei.

Hans J.Heuser (FBW) erklärte, dass nach Aussage des Bürgermeisters aufgrund des Abweichungsantrages kein Baurecht für diesen Investor geschaffen werde und Herr Stephan Wenz (SPD) habe bestätigt, dass es das Risiko des Investors sei, wenn er die Kosten für dieses Verfahren übernehme. Seine Fraktion spreche sich dafür aus, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, denn wozu solle ein Beschluss gefasst werden, einen Abweichungsantrag auf den Weg zu bringen, wenn die Gemeinde evtl. nach diesem Verfahren doch keinen Markt dort errichten wolle. Es sollte ein Beschluss darüber gefasst werden, ob in diesem Bereich Gewerbe angesiedelt werde, danach könne ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Bürgermeister Muth betonte noch einmal, dass unter dieser Überschrift der Tagesordnungspunkt in vorherigen Sitzungen und auch im Ortsbeirat mit der bekannten Thematik diskutiert wurde. Bei diesen Diskussionen sei ein Konzept vorgestellt worden. Zu prüfen sei, ob dieses Gesamtkonzept oder Teile davon umgesetzt werden können. Hierfür sei ein Abweichungsantrag nötig. Denn nur, so der Bürgermeister, wenn der Abweichungsantrag gestellt würde, erhalte die Kommune Informationen darüber, was genehmigungsfähig sei.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) meinte, dass in jedem Fall eine Abstimmung herbeigeführt werden solle, denn es gebe eine Vielzahl von Fragen unter den ansässigen Gewerbetreibenden, die sich darüber sorgen, was aus ihren Geschäften werde, wenn sich am Ortsrand weitere Gewerbe ansiedeln. Sicher habe der Investor inzwischen gemerkt, dass die Mehrheit für einen Lebensmittelmarkt nicht zu erhalten sei, insofern sei hinsichtlich des ursprünglichen Antrages eine inhaltliche Änderung vorgenommen worden, der sie auch kritisch gegenüber stehe. Insofern sollte über eine Umformulierung nachgedacht werden. Sie schlug daher eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung vor, in der der Ältestenrat beraten solle.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterbrach sodann die Gemeindevertreter Sitzung für 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde über den Antrag des Herrn Lothar Potthoff (SPD) auf Zurückstellung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 3
Stimmenthaltungen

Der Antrag des Gemeindevertreters Lothar Potthoff war damit abgelehnt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ danach über die Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, einen Abweichungsantrag zur Ansiedlung weiterer Gewerbetreibender beim Regierungspräsidium Gießen einzureichen, um Klarheit darüber zu erlangen, ob und gegebenenfalls welches Gewerbe zusätzlich dort angesiedelt werden könnte.

Die Kosten des Abweichungsverfahrens sind vom Investor zu tragen.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen,
1 Stimmenthaltung

12.

B 3a;

hier: Berme zwischen Wolfshausen und neuer Lahnbrücke

Drucksache: 30/11/2007/06-11

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Reiner Sauer, erklärte, dass der Ausschuss im Parlament die vorliegende, vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen vorgeschlagene Beschlussfassung empfehle.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Vorschlag des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Marburg zu entsprechen und in Abänderung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 06. November 2003 auf die ursprüngliche Vorsehung einer Berme (ebenes Zwischenstück im Querschnitt einer Böschung) zwischen dem OT Wolfshausen und der K 42 alt, (ehem. Waldschlösschen, Bau-Km 3+500) zwischen der Schnellstraße und dem Oberhang zu verzichten. Der Waldweg soll als Holzabfuhrweg verbleiben. Voraussetzung für den Verzicht auf die Berme ist der Bau einer Radwegeverbindung im Lahntal zwischen den Ortsteilen Wolfshausen und Argenstein.

Beratungsergebnis: Einstimmig

13.

Änderung der Abfallsatzung und/oder Erweiterung des gemeindlichen Angebotes zur Abfallverwertung

Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2006 auf Prüfung, ob zweimal jährlich eine kostenfreie Astschnittabfuhr eingerichtet werden kann und

Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2006 hinsichtlich der Änderung der Abfallsatzung

Drucksache: 60/9/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, berichtete, dass Bürgermeister Muth in der Ausschuss-Sitzung bekannt gegeben habe, dass es gegebenenfalls absehbar die Möglichkeit gebe, Astwerk ab dem nächsten Jahr dem dann errichteten Blockheizkraftwerk in Wetter-Oberrospehe zuzuführen. Unter Umständen könne dann der Schredderplatz wieder als Lagerstätte für Ast- und Strauchschnitt dienen. Details seien allerdings noch zu regeln.

Der Bürgermeister habe daher um Rückstellung beider Anträge gebeten, bis weitere Informationen von Wetter kämen. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss habe gegen diese Vorgehensweise keine Bedenken.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

14. Übergabe der innerörtlichen gemeindlichen Abwasseranlagen an den Zweckverband Mittelhessische Abwasserwerke

Drucksache: 00/39/2007/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses berichtete, dass Bürgermeister Muth in der Ausschuss-Sitzung erklärt habe, dass zur Zeit davon auszugehen sei, dass eine etwaige Übergabe der Kanäle frühestens vom 01.01.2009 erfolgen könne, unabhängig eines potenziellen Vertragspartners. Daher müsse die Gemeinde alle Kanäle für die doppische Umstellung bewerten und erfassen lassen. Um planen zu können, bat der Bürgermeister um eine zeitnahe Entscheidung, ob generell eine Abgabe der Kanäle in Betracht komme.

Bürgermeister Muth habe weiter berichtet, dass das Eigentum der Kanäle an den jeweiligen Verband übergehe, sodann aber in den jeweiligen Verbandsgremien vertreten sei. Der Ausschuss habe sich darauf verständigt, die grundsätzliche Entscheidung einer Abgabe der Abwasserkanäle an einen Verband noch einmal zurückzustellen. Bürgermeister Muth sei gebeten worden, möglichst bis zur nächsten Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss-Sitzung zusammenzufassen, welche Aufwendungen in den nächsten 5 Jahren zu erwarten seien und welche Erfahrungen z.B. die Stadt Amöneburg mit der Zusammenarbeit in Dienstleistungsbereich gemacht habe.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

15. Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 25.10.2007 zum Kindergartenneubau im OT Niederweimar;

1. Vorstellung der veränderten Planung

2. Vorlage der Kostenschätzung

Drucksache: 11/73/2007/06-11

Der Vorsitzende der FBW, Herr Hans J. Heuser, stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die Freie Bürgerliste Weimar beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen:

Wir fordern den Gemeindevorstand auf, der Gemeindevertretung und den Fachausschüssen die veränderte Planung des Kindergartens Niederweimar, von 4 auf 5 Gruppen, endlich vorzustellen.

Wir erwarten neben Planung auch die Vorlage der Gewerkeaufstellung mit Kostenschätzung bzw. soweit bereits vorhanden, Kostenvoranschläge.

Herr Heuser bedankte sich bei Bürgermeister Muth, der seiner Fraktion im Vorfeld der Sitzung bereits die Planung übersandt hatte. Auch die Auftragsvergaben seien zugestellt worden. Seine Fraktion vermisse allerdings noch weitere Unterlagen, die eine Gesamtzusammenstellung der Kosten ermöglichen.

Herr Heuser begründete seinen Antrag mit § 50 Abs.2 HGO, wonach die Gemeindevertretung den Geschäftsgang des Gemeindevorstandes zu kontrollieren habe, wozu auch die Verwendung der Gemeindeeinnahmen gehören.

Es werde vermutlich ein Bauwerk dieser Größenordnung in den nächsten Jahren in der Gemeinde Weimar nicht geben.

Aus diesem Grunde hätte sich seine Fraktion gewünscht, über den Termin des Spatenstiches informiert und eingeladen zu werden und nicht stattdessen am Tag danach über die Presse darüber zu erfahren.

Herr Bürgermeister Muth entgegnete hierauf, dass er die Wortwahl „endlich“ nicht verstehen könne. Er könne nur Zahlen mitteilen, wenn er nach einer Submission der einzelnen Gewerke das Ergebnis der Nachberechnung für die einzelnen Gewerke vorliegen habe.

Eine Übersicht über die einzelnen Gewerke und ermittelte Summen der Vergabe können der Gemeindevertretung erst mitgeteilt werden, wenn der Submissionstermin stattfand und die abgegebenen Angebote eröffnet und nachgeprüft wurden. Danach würden die Ergebnisse dem Gemeindevorstand mitgeteilt und zur Beschlussfassung vorgelegt.

Aus dem Bericht des Gemeindevorstandes würde das Parlament dann informiert werden.

Inzwischen seien einige Gewerke submittiert. Derzeit würden die Angebote geprüft und nachgerechnet durch das Ingenieurbüro.

Bürgermeister Muth erklärte weiter, dass die ungeprüften Angebote etwa 50.000,- € unter den veranschlagten Kosten lägen.

Sobald die nachgeprüften Angebote dem Gemeindevorstand zur Beschlussfassung vorlägen und ein entsprechender Beschluss gefasst würde, werde das Gemeindeparlament informiert.

Zum Thema Spatenstich führte Bürgermeister Muth aus, dass dies Angelegenheit des Bauherrn, des Gemeindevorstandes sei. In diesem Zusammenhang wolle er allerdings bereits bekannt geben, dass in der übernächsten Woche die Grundsteinlegung stattfinde. Hierzu würden dann auch die Mitglieder der Gemeindevertretung eingeladen.

Herr Hans J.Heuser bestand dennoch darauf, dass die offensichtlich vorliegende Kostenschätzung für einen 5-gruppigen Kindergarten im Parlament hätte bekannt gegeben werden sollen.

Bürgermeister Muth erwiderte hierzu, dass Kostenschätzungen vorlägen, Herr Heuser aber evtl. an den Sitzungen, in denen die Bekanntmachung erfolgte, nicht anwesend war. Die Kostenschätzung werde er, wenn sie nicht vorläge, gerne noch einmal zukommen lassen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fasste zusammen, dass ein Teil des Antrages der Fraktion FBW erledigt sei. Lediglich die Gesamtkostenschätzung für den 5-gruppigen Kindergarten solle nochmal komplett allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern zugestellt werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, gemäß des Antrages der Fraktion FBW, allen Mitgliedern des Gemeindeparkamentes die Kostenschätzung des Ingenieurbüros für die Erstellung eines 5-gruppigen Kindergartens Niederweimar zukommen zu lassen. Die weiteren Punkte des Antrages sind bereits im Vorfeld erfüllt worden.

Beratungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen

16. Aufhebung des Sperrvermerkes zur Haushaltsstelle "Kindergarten Niederweimar"

Drucksache: 20/20/2007/06-11

Bürgermeister Muth erklärte hierzu, dass aufgrund des Baufortschrittes der Sperrvermerk in Höhe von 1.8 Millionen € aufgehoben werden sollte. Die einzelnen Gewerke werden nach Überprüfung vergeben, so dass eingehende Rechnungen dann auch beglichen werden müssen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorhandenen Sperrvermerk zur Haushaltsstelle 2.4640.940100 in Höhe von 1,8 Mio. Euro aufzuheben.

Beratungsergebnis: Einstimmig

17. Anfragen

Mündliche Anfragen:

- a) Frau Heike Sauer (CDU) wollte wissen, wieviel Fläche des Baugebietes „Unterm Hundsrück“ im OT Roth bereits verkauft sei und wieviel Fläche noch für private Zwecke vorhanden sei.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass in dem Misch- und Gewerbegebiet Roth 12.000 m² verkauft seien. Hierüber gebe es bereits einen notariellen Vertrag, für die Restfläche bisher nicht. Diese Fläche stehe daher für Wohnbauzwecke zur Verfügung. Allerdings gebe es hierfür bisher keine Anfrage.

Frau Sauer bemängelte, dass bisher ein Angebot der Fläche auf der Homepage der Gemeinde nicht erfolgte.

Bürgermeister Muth entgegnete, dass aufgrund der mehrfachen Diskussionen in den Gremien und dadurch im gemeindlichen Mitteilungsblatt Veröffentlichungen erfolgten.

- b) Herr Matthias Happel (CDU) sprach die derzeitigen Erd- und Sanierungsarbeiten am Deich im OT Roth an. Er wollte wissen, was mit dem seinerzeit beauftragten Gutachten für 11.000,--€ sei und was das Gutachten ergeben habe. Jetzt werde in diesem Fall doch nur das vorgenommen, was seinerzeit von ihm vorgeschlagen wurde.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass nicht, wie von ihm, Herrn Happel, vorgeschlagen, lediglich eine Auffüllung und Erhöhung des Deiches erfolgen solle, sondern, dass es hier nicht um eine Deichsanierung gehe. Die derzeitige Maßnahme erfolge in Absprache mit der Oberen Wasserbehörde. Mit dem erfolgten Grunderwerb habe sich die Gemeinde den Zugang zu diesem Deichabschnitt gesichert. Bäume haben entfernt werden müssen, und das Auffüllen mit Erde sei notwendig geworden, da der Sandsackverbau abgängig sei. Der Erdverbau schütze jetzt die Rückseite des Deiches und diene der Sicherung dieses Deichabschnittes.

Die Gemeinde habe das beauftragte Ingenieurbüro in Verzug gesetzt und eine letzte Frist bis zum 15.01.2008 gesetzt, um Konzepte vorzulegen. Ansonsten werde die Gemeinde ein anderes Planungsbüro beauftragen. Die verzögerte Erledigung liege allein in der Verantwortung des Ingenieurbüros.

Herr Happel betonte noch einmal seine Meinung, dass die Kosten für die Erstellung des Ingenieurgutachtens nicht notwendig gewesen seien und er sich nicht vorstellen könne, dass weitere Maßnahmen an dieser Stelle vorgenommen werden.

Bürgermeister Muth entgegnete weiter, dass bei dieser Art der vorgeschlagenen Vorgehensweise bei einem eventuellen Hochwasser die Mauer an der Mühle überspült werde, so dass insgesamt nichts gewonnen wäre.

- c) Gemeindevertreter Hans J.Heuser (FBW) erklärte, dass er Fragen zu der im Mitteilungsblatt der Gemeinde angebotenen Pflegeberatung in der Gemeindeverwaltung habe. Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern an seine Fraktion habe man nicht beantworten können, so dass er nun folgende Fragen stelle:

1. Bietet die Gemeinde diese Beratungen an?
2. Wenn ja, warum wird eine Gebühr erhoben?
3. Wenn nein, kann die Gemeinde diese Beratungen nicht selbst erteilen?
4. Wird das Büro kostenlos zur Verfügung gestellt?
5. Ist die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt kostenlos?
6. Können andere Mitbürgerinnen und Mitbürger auch Beratungstätigkeiten in der Gemeindeverwaltung durchführen?

Im Sozialgesetzbuch sei geregelt, dass jeder Anspruch auf Beratung über seine Rechte und Pflichten nach diesem Gesetz habe. Zuständig für die Beratung seien die Leistungsträger, denen gegenüber die Rechte geltend zu machen sind oder die Pflichten zu erfüllen sind.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab bekannt, dass Bürgermeister Muth die Anfragen schriftlich beantworten werde und Durchschriften den Fraktionen zukommen lasse.

- d) Herr Jost-Hendrik Kisslinger (CDU) sprach die Vorfahrtsregelung im Bereich Geiersbergstraße OT Roth an und teilte mit, dass er von Bürgern angesprochen wurde auf die Rechts- vor Linksregelung und darauf, dass es im Winter beim Anfahren auf dem Steilstück zu Problemen kommen könne.

Bürgermeister Muth zeigte sich verwundert über diese Anfrage, da das Gemeindeparlament auch für diesen Bereich die Einrichtung einer Tempo-

30-Zone beschlossen habe, und hier gelte nun mal grundsätzlich rechts vor links. Darüber hinaus wisse weder der Ortsbeirat noch die Verwaltung von derartigen Problemen. Er selbst sei lediglich von einem Mitbürger angesprochen worden und diesen habe er gebeten, das schriftlich reinzureichen. Dies sei allerdings bereits ca. 15 Monate her und bisher nicht geschehen.

Herr Gunter Heuser (FDP) fragte, warum in der Weinbergstraße eine andere Regelung getroffen wurde und nicht ebenfalls rechts vor links gelte.

Bürgermeister Muth erklärte, dass für die Weinbergstraße im OT Niederweimar diese Regelung nicht gelte. Hier habe die Straßenverkehrsbehörde gebeten, die alte Vorfahrtsregelung wieder herzustellen.

Frau Christina Krantz (CDU) bestätigte, dass im unteren Bereich der Weinbergstraße der verkehrsberuhigte Bereich „Hainäcker“ auf die Weinbergstraße stoße, allerdings durch eine Bordsteinkante abgetrennt werde, so dass die Weinbergstraße berechtigterweise Vorfahrt habe.

18. Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung wies darauf hin, dass allen Mitgliedern der Gemeindevertretung der Sitzungskalender für 2008 verteilt wurde.
- b) Der Vorsitzende verwies noch einmal auf die Anzeigepflicht gemäß § 26 a HGO und bat die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, die bisher den Fragebogen über eine Mitgliedschaft oder eine entgeltliche oder ehrenamtliche Tätigkeit in einer Körperschaft, Anstalt, Stiftung, Gesellschaft, Genossenschaft oder in einem Verband hierzu noch nicht abgegeben hätten, dies unverzüglich nachzuholen.
- c) Der Vorsitzende gab folgende weitere Termine bekannt:
 - 18.11.2007 Volkstrauertag
 - 01.12.2007 Weihnachtsmarkt Niederwalgern, An der Milchbank
 - 09.12.2007 Weihnachtsmarkt Niederweimar, Am Rathaus
- d) Die weiteren Sitzungen der Ausschüsse und der Gemeindevertretung:
 - 10.12.2007 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport
 - 11.12.2007 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss-Sitzung zusammen mit dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss im OT Allna mit Vorstellung der Konzeption für die Dorferneuerung Allna
 - 20.12.2007 Jahresabschluss-Sitzung der Gemeindevertretung im Ortsjugendheim in Oberweimar, 19.00 Uhr, mit abschließendem Weihnachtsessen im Gutsstübchen in Oberweimar.

Der Vorsitzende verwies noch einmal auf die Vereinbarung der Fraktionen, in der letzten Sitzung keine Anträge vorzulegen.

Soweit Ehrungen vorzunehmen seien, würden die auch in der letzten Sitzung des Jahres oder alternativ in der ersten Sitzung des neuen Jahres 2008 stattfinden.

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben
(Heijo Hoß)

Im Original unterschrieben
(Rita Rohrbach)